

VON ARNO KLÖNNE

Unter ihrem Präsidenten George W. Bush nehmen jetzt die USA für sich das Recht in Anspruch, einen Angriffskrieg gegen Staaten zu führen, die ihnen gefährlich werden könnten oder die ihnen bedrohlich erscheinen – wobei sie sich selbst vorbehalten, jeweils zu definieren, was denn als Gefahr oder als Bedrohung anzusehen sei. „Preemptive strike“ wird in der US-amerikanischen Regierungssprache ein solches kriegerisches Vorgehen genannt; man kann das als „Präventivschlag“ übersetzen.

Mit den bisher anerkannten – wenn auch keineswegs immer eingehaltenen – Regeln des Völkerrechts, etwa der Charta der Vereinten Nationen, ist diese neue Doktrin nicht vereinbar, auch nicht mit dem bisherigen völkerrechtlichen Verständnis von einem legiti-



Der Krieg gegen den Irak scheint nur noch eine Frage von Tagen zu sein. Auch ohne Zustimmung des Uno-Sicherheitsrats wird Washington den Befehl zum Angriff geben.

Foto: dpa

Eine neue weltpolitische Doktrin braucht, um hinreichend Eindruck zu machen, den Anwendungsfall, besonders dann, wenn sie militärischer Natur ist ...

USA VOR EINEM PREEMPTIVE STRIKE

men Präventivkrieg, das voraussetzt, dass ein gegnerischer Staat gerade dabei sei, das Kommando zum Überfall zu geben. Auch dieser Begriff von der „Prävention“ ist, wie die Geschichte lehrt, leicht zu missbrauchen.

Derart subtile Gedanken plagen aber den Präsidenten der USA gar nicht, wenn er jetzt den „Tag der Abrechnung“ mit dem Irak vorbereitet; im Ernst behauptet kein politischer oder militärischer Repräsentant der Vereinigten Staaten, der Irak sei derzeit gewillt oder überhaupt in der Lage, Amerika zu überfallen. Auch die kurzzeitig benutzte propagandistische Legende, das Regime von Saddam Hussein bediene sich der terroristischen Dienste von Al Quaida zu Angriffen auf die USA oder organisiere dort Milzbrandattaken, ist nicht mehr in Gebrauch.

TAG DER ABRECHNUNG VORBEREITET

Bei der psychologischen Kriegsvorbereitung, wie sie die politische Administration der USA betreibt, steht im Mittelpunkt inzwischen das Argument, der Irak habe die Absicht und die Fähigkeit, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, und das dortige Regime sei bössartig genug, diese dann auch einzusetzen; deshalb reiche auch eine Entwaffnung nicht hin, sondern das Land müsse unter Kuratel gestellt werden, per „vorbeugendem Militärschlag“.

Selbstverständlich käme es der Regierung der USA gelegen, wenn die UN-Waffeninspektoren wenigstens Reste von biologischen oder chemischen Waffenarsenalen entdecken würden, aber wenn nicht, bleibt doch der Vorwurf, im Irak sei ein schurkisches Regime an der Macht, dem man alles zutrauen müsse und das nur durch militärischen Zugriff abgelöst werden könne.

Es liegt auf der Hand, dass dies als Begründung für einen Krieg ziemlich dünn ist; da gibt es viele Staaten auf der Welt, die in einer solchen Sicht als bedrohlich erscheinen könnten und demzufolge mit der Methode „preemptive strike“ zu behandeln wären. Gesinnungsethiker könnten gar auf die Idee kommen, die USA selbst seien für eine derartige Behandlung in den Blick zu nehmen.

Es bedarf also einiger propagandistischer Anstrengungen der Regierung der USA, um für den offiziellen Diskurs der sogenannten Internationalen Gemeinschaft wenigstens den Anschein von Legitimität des beabsichtigten Krieges herzustellen. Die Regierungen jener Staaten, die den USA beim „vorbeugenden Schlag“ gegen den Irak Beihilfe leisten oder zumindest widerspruchslos zusehen sollen, müssen der amtlichen Kriegs begründung der USA keinen Glauben schenken, aber die Führungsmacht wünscht, dass sie zumindest so tun, als täten sie es. Die Frage ist, inwieweit das Publikum dieses Spiels sich mit alledem zufriedengibt. Könnte es sein, dass der Weg in den Krieg gegen den Irak Bedürfnisse nach Aufklärung provoziert – jenseits der offiziell verabreichten und in den Massenmedien vielfach reproduzierten Version?

In der Bundesrepublik haben die Anführer der rot-grünen Regierungsparteien, als es um die Anpassung an herrschende Dogmen der Militär- und Machtpolitik ging, gern davon gesprochen, nun komme man „in der Realität an“. Vermutlich werden sie dies wieder sagen, wenn ihre Zustimmung zum „preemptive strike“ gegen den Irak fällig ist. Tatsächlich diene der Spruch vom Ankommen in der Realität allemal der Verschleierung von Realitäten.

DÜNNE BEGRÜNDUNG FÜR EINEN KRIEG

Aber nehmen wir unsere PolitikerInnen mal beim Wort und richten den Blick auf die Wirklichkeit: Es ist nicht so, als stünde erst jetzt notgedrungen die Entscheidung an, einen Krieg gegen den Irak zu führen. In der Realität wird dieser Krieg von den USA – mit Unterstützung Großbritanniens – seit Jahren geführt, und zwar seit dem formellen Ende der „Operation Wüstensturm“: mit Luftangriffen, mit Handelsblockaden, mit Untergrundkämpfen.

Der Irak hat erhebliche Teile seines Staatsgebietes praktisch längst verloren. Die einst vergleichsweise gut entwickelte Infrastruktur des Landes ist weitgehend zerstört, von dem ehemals hochgerüsteten Militärpotential ist wenig übrigge-

blieben. Hunderttausende von Menschen sind durch den informellen Krieg ums Leben gebracht worden. Durch die Politik der USA und Großbritanniens wurde einer inneren Opposition gegen das diktatorische und ausbeuterische Regime von Saddam Hussein die Luft weggenommen. Absurd wäre die Annahme, der Irak könnte „die Welt bedrohen“; das geschundene Land ist vielmehr präpariert für den endgültigen Zugriff einer externen Macht. Allerdings wird dieser auf brutale Weise weitere „Kollateralschäden“ mit sich bringen, Elend und Tod für zahllose Menschen im Irak.

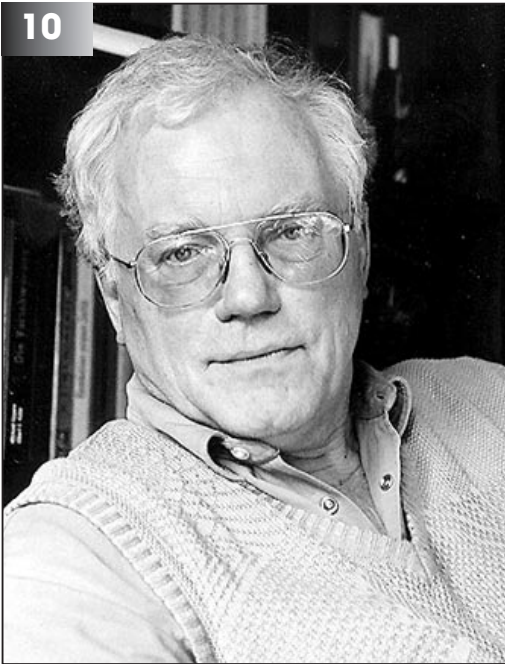
DEN ANSCHEIN VON LEGITIMITÄT HERSTELLEN

Saddam Hussein, 1991 in der propagandistischen Begleitung des Golfkrieges zum „neuen Hitler“ hochstilisiert, betreibt zweifellos eine kriminelle Art von Politik. Damit steht er nicht allein, auch nicht unter den Potentaten orientalischer Länder. Zum Politmonster wurde er aber – und auch da steht er nicht allein – keineswegs aus eigener Kraft, sondern durch die machtpolitischen Operationen und die Unterstützung westlicher Staaten, speziell der USA.

ÖL ALS KRIEGS-TREIBSTOFF

Zum Kriegsherrscher zeitweise großen Formats konnte er sich entwickeln, weil die Regierung der Vereinigten Staaten, nachdem ihnen im Iran der Schah als Statthalter verloren gegangen war, das dortige Mullah-Regime militärisch in die Enge treiben wollten. Was sie wiederum nicht daran hinderte, insgeheim auch mit der iranischen Regierung politische Geschäfte zu machen. Das Waffenarsenal des Irak ist, ebenso wie das der anderen Staaten im Nahen Osten und am Golf, nicht als Eigenwuchs entstanden, sondern importiert; über Jahrzehnte hin entwickelte sich die Golf-Region zum höchstprofitablen Absatzgebiet für westliche Rüstungsgüter, und bei alledem mischten die westlichen Ölkonzerne mit.

„Fossiler Energierohstoff als Kriegs-Treibstoff“ – so hat Karl Grobe-Hagel den Grundcharakter der modernen Politikgeschichte in dieser Region gekenn-



Arno Klönne, Jahrgang 1931, war zuletzt als Professor für Soziologie an der Uni Paderborn tätig.

zeichnet, und daran hat sich bis heute nichts geändert. Für die Ökonomie stellt der Irak, als Staat selbst ein Resultat der Konkurrenz auswärtiger Mächte um diese Ressource, ein im weltweiten Maßstab höchstinteressantes Terrain dar, und Öl ist, wie Henry Kissinger gesagt hat, „zu kostbar, um es den Arabern zu überlassen“.

Die Gruppe von US-Politikern, die für George W. Bush die geostrategischen Leitlinien entwirft, u. a. Richard Cheney, Donald Rumsfeld und Paul Wolfowitz, hat langjährige Erfahrungen in der politischen Umsetzung von Interessen der Energiekonzerne, besonders in der Golf-Region. Längst vor dem 11. September 2001 hat diese Gruppe ein weltpolitisches Programm für die USA entworfen und öffentlich vertreten, das als Grundelemente enthält:

Die Vereinigten Staaten sollen in Zukunft keine Weltmacht neben sich, aber auch keine unabhängig handlungsfähige regionale Vormacht aufkommen lassen; das globale militärische Potential der USA ist vorzugsweise für die Sicherung von Energieressourcen einzusetzen; der Golf-Region ist dabei hohes Gewicht beizumessen, auch wegen ihrer Bedeutung für eine „eurasische Brücke“, also eine Linie von Machtbastionen der USA, die sich vom Balkan über

den Vorderen Orient und den Kaspischen Raum nach Zentralasien zieht.

DEN STATUS ALS EINZIGE SUPERMACHT SICHERN

Es liegt in der Logik eines solchen Programms, dass die Kontrolle über die irakischen Ölvorräte wiederhergestellt werden muss, teils für den eigenen Verbrauch der USA, teils zum Zwecke der Einflussnahme auf andere Abnehmerländer und auch als Ersatzressource für den Fall, dass es in anderen ölfördernden Ländern am Golf zu politischen Krisen kommt. Darüber hinaus ist die geostrategische Kontrolle über Bagdad für die USA wichtig, weil so Druck auf Teheran ausgeübt werden kann, das nach wie vor auch im Visier der US-Regierungspolitik liegt.

All diese Ambitionen sind überhaupt nicht neu, aber der nach dem 11. September 2001 erklärte „Krieg gegen den Terrorismus“ hat günstige Bedingungen für ihre Umsetzung geschaffen, und der Begriff „preemptive strike“ wird hier in seiner doppelten Bedeutung erkennbar: „Preemption“ kann zu deutsch Prävention heißen und auch Vorkaufrecht. Krieg und Geschäft haben ihren Zusammenhang.

Quelle: www.linksnet.de

GEW Niedersachsen zu dem drohenden Irakkrieg

ES DARF NICHT DAS RECHT DES STÄRKEREN GELTEN

Zurzeit der Drucklegung dieser Ausgabe der EuW ist zu befürchten, dass ein Krieg im Irak unmittelbar bevorsteht.

Die GEW Niedersachsen hatte deshalb bereits für den 14. März ihre Mitglieder aufgerufen, sich an den Mahnminuten zu beteiligen, zu denen der Europäische Gewerkschaftsbund alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgefordert hatte: „Wir verlangen von den Regierungen Bush und Blair: Lasst die Waffen ruhen! Nutzt jeden Spielraum, um den Irak friedlich zu entwaffnen! In der Weltpolitik muss das internationale Recht gestärkt werden. Es darf nicht das Recht des Stärkeren gelten.“

Pädagoginnen und Pädagogen haben eine besondere Verantwortung. Sie sind nicht nur als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gefordert, sich für friedliche Lösungen einzusetzen, sondern sie sind auch in der Verantwortung gegenüber den Kindern und Jugendlichen. Gerade diese brauchen jetzt ein offenes Ohr für die Ängste und Sorgen, die die aktuelle politische Entwicklung hervorruft.

Aber auch die Politik, die zu dieser Situation geführt hat, muss in den Bildungseinrichtungen diskutiert werden. Das Niedersächsische Schulgesetz fordert eine Erziehung auf der Grundlage des europäischen Humanismus und der Wertvorstellungen des Grundgesetzes. Demokratie, Frieden, Menschenwürde und Völkerverständigung sind unverzichtbare Bestandteile des Bildungsauftrages.

In der Charta der Vereinten Nationen im Artikel 51 steht mit großer Klarheit und Eindeutigkeit, dass zum Mittel des Krieges nur im Rahmen des Rechts auf Selbstverteidigung gegriffen werden darf. Das Handeln der USA widerspricht diesem Grundsatz eklatant.

Die GEW Niedersachsen fordert alle ihre Mitglieder auf, sich weiterhin aktiv dafür einzusetzen, dass aggressive und kriegerische Auseinandersetzungen verhindert und stattdessen alle Mittel ergriffen und genutzt werden, die im berechtigten Kampf gegen Diktatur und Terrorismus auf der Grundlage friedlicher Lösungen in Anerkennung von Souveränität und Völkerrecht zum Erfolg führen.

Berlin am 15. Februar 2003: Über eine halbe Million Menschen demonstrieren in der Hauptstadt für den Frieden.

Foto: dpa

